

Rede am 11.10. 2014

Warum sind wir heute hier?

Wenn dieses Freihandelsabkommen in Kraft tritt, wird es massive negative Auswirkungen auf die Bürger der EU haben. Nicht ohne Grund werden die Verhandlungen weitgehend geheim und bisher ohne Beteiligung des EU-Parlamentes, der Parlamente der Mitgliedstaaten oder der Öffentlichkeit geführt. Lediglich Lobbyisten der Industrie sitzen regelmäßig am Verhandlungstisch und können ihre Wünsche formulieren.

Sinn des Abkommens ist der weitest gehende Abbau sogenannter Handelshemmnisse, um den Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen der EU und den USA zu erleichtern. Dies klingt zunächst positiv, aber Handelshemmnisse können z.B. Umwelt-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards, Arbeitnehmerrechte, Lebensmittelstandards, Kennzeichnungspflichten, Regelungen im Agrarbereich, das Chemikalienrecht (REACH), Regeln des Finanzmarktes oder Restriktionen im Bereich der Energieversorgung wie das Frackingverbot sein. Betroffen sind darüber hinaus auch wichtige Güter im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Verkehr und Bildung. Ziel des Abbaus der Handelshemmnisse ist immer eine umfassende Deregulierung und Liberalisierung, sprich Privatisierung. Wo dies schon geschehen ist, wie z.B. in Großbritannien, hat dies fast immer zu einer Verschlechterung für die Bevölkerung geführt. Die Wasserqualität in privatisierten Netzen hat sich nachweislich verschlechtert, weil private Investoren nur Gewinne machen wollen und die Leitungssysteme verrotten lassen. In manchen Gegenden Großbritanniens muss man Leitungswasser aufwändig filtern bevor man es verwenden kann.

Mit TTIP kommen gentechnisch veränderte Lebensmittel, gechlorte Hähnchen und Hormonfleisch auf uns zu. Warum solche Lebensmittel über den Atlantik transportiert werden müssen, erschließt sich mir übrigens sowieso nicht. In den USA ist dies alles erlaubt, während die EU ihre Bevölkerung vor solchen „Produkten“ durch ihre auf demokratischem Wege zustande gekommene Gesetzgebung bisher noch schützt. Der Abschluss des TTIP-Abkommens würde diese Gesetzgebung unterlaufen und damit viele bei uns mühsam erkämpfte Errungenschaften aushebeln. Die Auswirkungen betreffen alle Ebenen bis hinunter zu den Kommunen.

Gesichert werden sollen die abgebauten Handelshemmnisse durch „Standstill-Klauseln“ und vereinfachte Klagemöglichkeiten von „Investoren“ gegen Staaten vor sogenannten Schiedsgerichten, die außerhalb jeder ordentlichen Gerichtsbarkeit stattfinden und hohe Schadensersatzansprüche nach sich ziehen (Investitionsschutzabkommen). Wir halten diese Schiedsstellen, die von Rechtsanwälten großer Kanzleien besetzt werden, zwischen Staaten mit hochentwickelten Rechtssystemen wie den EU-Mitgliedsstaaten und der USA jedoch für vollkommen überflüssig.

Diese Instrumente zum Investitionsschutz, die bereits in vielen Handelsabkommen verankert sind, haben bis heute schon zu einigen hundert Schiedsgerichtsverfahren geführt, an deren Ende oftmals die Rücknahme von Gesetzen oder Verordnungen demokratisch gewählter Parlamente steht, z.B. wurde Venezuela wegen der Verstaatlichung der Ölindustrie verklagt und soll dem amerikanischen Ölmulti Exxon nun 1.3 Milliarden Schadenersatz zahlen.

Investitionsschutz bedeutet faktisch, dass kein Vertragspartner über ein demokratisch gewähltes Parlament jemals wieder z.B. Umweltgesetze verschärfen, Gentechnik oder gefährliche Verfahren wie Fracking verbieten kann, wenn dadurch die Investitionen oder der aufgrund der Investitionen erwartete potenzielle Gewinn von Unternehmen gefährdet sind, weil dies zu hohen Schadenersatzzahlungen führen würde, die durch Steuergelder beglichen werden müssten.

Freihandelsabkommen führen oft zu massiven Nachteilen für die beteiligten Länder: So kann die EU nur deshalb Hähnchenschlegel und -flügel nach Ghana exportieren und den dortigen Markt für Geflügel zerstören, weil Ghana aufgrund eines Freihandelsabkommens auf diese aus der EU exportierten Überschuss-Produkte kaum Zölle erheben darf.

Der BUND Naturschutz lehnt daher jedes umfassende Handelsabkommen ab, das sogenannte Handelshemmnisse im großen Stil beseitigen will, da das Resultat erfahrungsgemäß immer ein Wettrennen nach unten bedeutet. Unterschiedliche Standards bei Autoblinkern oder Autorücksitzen, die der Öffentlichkeit regelmäßig als Begründung für das TTIP genannt werden, können auch in speziellen Abkommen verändert werden.

Deshalb fordert der BUND Naturschutz auch in Übereinstimmung mit vielen Organisationen in den USA und Europa von Abgeordneten des Europäischen Parlaments, von den Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie den Verantwortlichen in der Bundesregierung und den Länderregierungen:

- Ein sofortigen Stopp der Freihandelsabkommen „TTIP“ und „CETA“ .
- Unsere europäischen ökologischen und sozialen Standards müssen gesichert bleiben!
- Das vorherrschende Ökodumping über die Ausbeutung von Natur und Mensch muss in Zukunft verhindert und die Menschenrechte sowie die kulturellen und regionalen Identitäten geachtet werden.
- Eine breite gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige Handelspolitik der EU für die Menschen und nicht für die Großkonzerne muss beginnen.

- Handelsabkommen dürfen nicht zu einer Schwächung des Vorsorgeprinzips führen, weder eine Senkung von Standards noch Investitionsschutzabkommen beinhalten, nicht zur Aushöhlung der Demokratie und des Rechtsstaates führen, nicht zum Nachteil eines Staates führen und dem Vorteil eines anderen Staates dienen.
- Dies richtet sich wohlgerne nicht gegen die Bevölkerung der USA, vielmehr sind unsere Gegner die Lobbyisten der Großkonzerne in den USA genauso wie in Europa, zu denen auch viele Politiker gehören.
- Es kommt deshalb in Zukunft darauf an, diesen Lobbyisten und Politikern klarzumachen, dass die Bevölkerung ihr Verhalten in dieser Frage genau beobachtet und es nicht ohne Konsequenzen für sie bleiben wird, wenn sie unsere berechtigten Interessen der Profitgier einiger Großkonzerne opfern.
- Unterschreiben Sie also unsere ausgelegten Listen
- Informieren Sie auch Bekannte und Verwandte über diese Thematik
- Fragen Sie Politiker persönlich, per Brief oder Internet, wie sie sich in dieser Frage verhalten und was sie tun, um die negativen Auswirkungen zu verhindern.
- Es ist noch nicht zu spät: wenn wir weiter öffentlich Druck machen, können wir noch etwas erreichen!

Harald Ruck

Bund Naturschutz

Mitglied im Bündnis „Demokratie erhalten - Stopp TTIP – Memmingen /Unterallgäu“